

Stadt Hilden

## Niederschrift

**über die 8. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses am Donnerstag, 16.03.2023 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses (Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

### Vorsitz

Frau Anne Kathrin Stroth SPD

### stell. Vorsitz

Frau Marianne Münnich Bündnis 90/Die Grünen

### Ratsmitglieder

Herr Martin Falke CDU

Herr Christian Gartmann CDU

Herr Michael Rupp CDU

Herr Jörg Brandenburg CDU

Herr Hamza El Halimi SPD

Frau Sandra Kollender SPD

Herr Abdullah Dogan Bündnis 90/Die Grünen

Frau Dr. Andrea Grunert Bündnis 90/Die Grünen Für Herrn Wyrtki (sB)

Herr Ralf Peter Beier BÜRGERAKTION Für Frau Beier (sB)

### Sachkundige Bürger/innen

Herr Fabian Filatov CDU Für Frau Grünke-Klapdor

Herr Lars Gramm SPD

Frau Dörthe Dylewski FDP

Frau Sibylle Owsianowski AfD

### Beratende Mitglieder

Herr Franz-Josef Verhalen Allianz für Hilden

Herr Detlef Recha Arbeiterwohlfahrt - Ortsverein Hilden

Frau Pfarrerin Sonja Schüller Diakoni evangelische Kirche

Herr Siegfried Wagner Deutscher Pariätischer Wohlfahrtsverband -  
Kreisgruppe Mettmann -

### Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner Stadt Hilden

Frau Rachida El Khabbachi Stadt Hilden

Frau Andrea Funke Stadt Hilden

Herr Dirk Schatte Stadt Hilden

Frau Anja Voß Stadt Hilden

Herr Tobias Wobisch Stadt Hilden

Herr Tim Zimmerer Stadt Hilden

### Gäste

Frau Beate Röding Seniorenbeirat

Frau Dagmar Volmer Behinderten und Seniorenbeirat

## Tagesordnung:

### Eröffnung der Sitzung

### Änderungen zur Tagesordnung

### Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Bericht Sozialhilfe, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss für die Jahre 2020, 2021 und 2022  
**WP 20-25 SV 50/062**
- 3 Bericht über die Entwicklung im öffentlich geförderten Wohnungsbau der Jahre 2021/2022  
**WP 20-25 SV 50/061**
- 4 Antrag Bürgeraktion Hilden vom 25.11.2022: Itterpass-Erweiterung des Kreises der Begünstigten  
**WP 20-25 SV III/040**
- 5 Bericht zur Taschengeldbörse 2022  
**WP 20-25 SV 51/210**
- 6 Sachstand Inklusion  
**WP 20-25 SV 51/212**
- 7 Bericht zur Umsetzung des Maßnahmenkataloges Integration 2022 / Planung des Maßnahmenkataloges Integration 2023  
**WP 20-25 SV 51/197**
- 8 Änderung der „Richtlinien zur Vergabe eines Förderpreises der Stadt Hilden - Integrationspreis“  
**WP 20-25 SV 51/199**
- 9 Kommunales Integrationsmanagement (KIM) / Case Management  
**WP 20-25 SV 51/205**
- 10 Sachstand Integration  
**WP 20-25 SV 51/204**
- 11 Sachstandsbericht Asyl  
**WP 20-25 SV 51/202**
- 12 Fallzahlenentwicklung Asyl  
**WP 20-25 SV 51/203**
- 13 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
- 14 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

---

## Eröffnung der Sitzung

---

Die Vorsitzende, Frau Anne Kathrin Stroth, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Sie stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen seien.

---

## Änderungen zur Tagesordnung

---

Keine.

---

## Einwohnerfragestunde

---

Zur Einwohnerfragestunde meldete sich niemand zu Wort.

---

### 1 Befangenheitserklärungen

---

Keine.

---

### 2 Bericht Sozialhilfe, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss für die Jahre 2020, 2021 und 2022 WP 20-25 SV 50/062

---

Frau Münnich/Bündnis90 Die Grünen erkundigte sich, ob die Veränderungen der Unterhaltsleistungen sich auf den Haushalt auswirken würden. Außerdem fragte sie nach, wie die Verwaltung die Angemessenheitsgrenzen für Unterkünfte des Kreises Mettmann beurteilen würde.

1. Beigeordneter Eichner erklärte zur ersten Frage, dass die Auswirkungen auf den Haushalt momentan noch nicht abschätzbar wären. Sobald dies der Fall sei, würde der Ausschuss informiert werden.

Zur zweiten Frage führte er aus, dass man in Hilden beobachten würde, ob die Sichtweise des Kreises Mettmann hier tragbar ist oder ob man ggf. gegensteuern müsse, was dann im Rahmen der Sozialdezernentenkonferenz geschehen würde.

Der Sozialausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Sozialhilfe nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII), dem Wohngeld (WoGG) und dem Unterhaltsvorschuss (UVG) zur Kenntnis.

---

### 3 Bericht über die Entwicklung im öffentlich geförderten Wohnungsbau der Jahre 2021/2022 WP 20-25 SV 50/061

---

Herr El Halimi/SPD merkte an, dass die Sitzungsvorlage zu diesem TOP für die SPD eine große Wichtigkeit habe, da sie den Bedarf für öffentlich geförderten Wohnraum aufzeigen würde.

Herr Beier/Bürgeraktion erklärte, dass seine Fraktion den Bericht mit Schrecken zur Kenntnis genommen habe. Großbauprojekte und Entscheidungen der Politik der letzten Jahre seien offenbar nicht zielführend gewesen. Eine Positionierung seiner Fraktion würde folgen.

Frau Münnich/Bündnis90 Die Grünen stellte fest, dass die Nachfrage nach 1-Personen-Wohnungen hoch sei. Hierzu wollte sie wissen, ob sich diese Nachfrage auf eine bestimmte Altersgruppe konzentriere.

1. Beigeordneter Eichner erklärte, dass die Antwort hierzu mit dem Protokoll nachgereicht würde.

Die Antwort der Verwaltung lautet:

Das Alter der Nachfragenden wird statistisch nicht ausgewertet. Geschätzt gehen jedoch 1/3 der Nachfragen nach 1-Raum und 2-Raum Wohnungen von über 60-Jährigen aus.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung über die Entwicklung des öffentlichen geförderten Wohnungsbaus der Jahre 2021/2022 zur Kenntnis.

4 Antrag Bürgeraktion Hilden vom 25.11.2022: Itterpass-Erweiterung WP 20-25 SV III/040  
des Kreises der Begünstigten

---

Herr Beier/Bürgeraktion erkundigte sich, wie junge Erwachsene an den angekündigten KulturPass kämen.

1. Beigeordneter Eichner antwortete, dass alle Volljährigen automatisch vom zuständigen Bundesministerium angeschrieben würden.

Herr Gartmann/CDU erklärte, dass seine Fraktion den Antrag aufgrund von Haushaltskonsolidierung ablehnen würde.

Herr El Halimi/SPD teilte mit, dass seine Fraktion gegen den Antrag stimmen und sich der Argumentation der Verwaltung anschließen würde.

Frau Münnich/Bündnis90 Die Grünen äußerte, dass auch ihre Fraktion gegen den Antrag stimmen werde.

**Antragstext:**

In den vergangenen Wochen wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen über das Bildungs- und Kulturangebot für junge Leute in Hilden beraten.

Diese Diskussion hat uns zu der Überlegung veranlasst, den Kreis der Begünstigten des Itterpasses zu erweitern, um mehr Jugendliche und junge Erwachsene.

Daher beantragen wir, den Kreis der Ermäßigungsberechtigten auf folgende Personengruppen auszuweiten:

Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studentinnen und Studenten, FSJlerinnen und FSJler, FÖJlerinnen und FÖJler sowie Bufdis.

Die Ermäßigung soll unbürokratisch und ohne vorausgehende Beantragung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 1 Ja-Stimme von Herrn Beier (Bürgeraktion)

Frau Münnich/Bündnis90 Die Grünen stellte fest, dass derzeit 80 Jugendliche zur Verfügung stünden. Sie fragte nach, ob eine Anhebung des derzeitigen Satzes von € 5,-- pro Einsatz angedacht sei?

Herr Recha antwortete, dass er € 5,-- für angemessen hielte, zumal der Betrag oft noch freiwillig aufgestockt würde.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht zur Taschengeldbörse 2022 zur Kenntnis.

Frau Münnich/Bündnis90 die Grünen lobte die Veranstaltungsreihe. Sie appellierte an die Politik, sich bei derartigen Veranstaltungen öfter „sehen zu lassen“.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Beier/Bürgeraktion beantragte, über die Anlage 2.15 getrennt abzustimmen.

Frau Dylewski/FDP erkundigte sich, warum die Maßnahmen des Vereins WiD nicht zur Förderung vorgeschlagen wurden, wenngleich der Fördertopf nicht ausgeschöpft würde.

Herr Wobisch erklärte hierzu, dass es sich bei den Projekten des Vereins WiD offensichtlich um vereinsinterne Aktivitäten handeln würde, die keine Ausrichtung hinsichtlich „Integration“ erkennen ließen. Zudem würde der Verein WiD als Mitglied im Netzwerk der Hildener Migrantenvereine € 500,-- Globalzuschuss erhalten, über die der Verein frei verfügen könne.

Frau Münnich/Bündnis 90 Die Grünen bemerkte in Bezug auf Anlage 1.07 an, dass die Akteurin sich mehr Unterstützung durch die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter wünschen würde.

Frau Voß sagte hierzu eine Anmerkung in der Niederschrift zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter der Verwaltung weisen die in den städtischen Unterkünften lebenden Flüchtlingen gerne und regelmäßig auf bestehende Angebote hin - insbesondere Angebote zum Spracherwerb. Die Erfahrung zeigt aber, dass auch manch sinnvolle Angebote nicht in der Weise angenommen werden, wie es zuvor vielleicht zu erwarten war, unabhängig davon, wie sie von den Fachkräften beworben werden.

### **Beschlussvorschlag:**

1. Der Sozialausschuss nahm den Bericht der Verwaltung über die Umsetzung des Maßnahmenkataloges 2022 zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss beschloss die Umsetzung des vorgelegten Maßnahmenkataloges zur Integrationsförderung für das Jahr 2023.

Abstimmungsergebnis:

**Anlage 2.15**

Ja: 13 Stimmen, Nein: 2 Stimmen (Frau Owsianowski/AfD, Herr Beier/Bürgeraktion), Enthaltung: -

**Alle übrigen Anlagen (ohne 2.15)**

Ja: 15 Stimmen, Nein: -, Enthaltung: -

---

8 Änderung der „Richtlinien zur Vergabe eines Förderpreises der Stadt Hilden - Integrationspreis“

WP 20-25 SV 51/199

---

Herr Beier/Bürgeraktion sprach sich für Alternative 2 aus.

Frau Münnich/Bündnis90 Die Grünen äußerte, dass ihre Fraktion keine Änderung der Richtlinien beabsichtige, zumal die Integration einzelner Personen nicht miteinander verglichen werden könne.

Herr Falke/CDU erklärte, dass seine Fraktion, entgegen des Votums im Integrationsrat, sich nun doch für Alternative 2 aussprechen würde, um somit der Jury einen größeren Handlungsspielraum zu überlassen.

Herr Wobisch erklärte, dass es nicht darum ginge, Biographien einzelner Menschen zu vergleichen oder abzuwägen. Mit der Einführung des Preises sei der Gedanke verbunden, öffentlich zu machen, was im Bereich der Integration herausragend und vorbildhaft sei. Der Jury solle die Entscheidung darüber überlassen bleiben, ob auch eine Person für ihre eigene gelungene Integration der Preis verliehen werden könne.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat beschließt nach Vorberatung im Integrationsrat, Sozialausschuss sowie im Hauptausschuss die Änderung der „Richtlinien zur Vergabe eines Förderpreises der Stadt Hilden - Integrationspreis“ entsprechend der in der Darstellung der Verwaltung (siehe Anlage 1) bezeichneten Alternative 1.

Abstimmungsergebnis:

Alternative 1:

Ja: 10 Stimmen

Nein: 5 Stimmen

Alternative 2:

Ja: 5 Stimmen

Nein: 10 Stimmen

---

9 Kommunales Integrationsmanagement (KIM) / Case Management

WP 20-25 SV 51/205

---

Frau Owsianowski/AfD erkundigte sich danach, ob das Case Management Einfluss auf die Zusammensetzung der zugewiesenen Flüchtlinge habe.

Frau Voß verneinte dies. Der Sinn des Case Managements bestünde darin, Einzelfälle zu betrachten, die sich aufgrund bestimmter Merkmale in „Lücken“ des Systems befänden, wo z.B. Verantwortlichkeiten nicht eindeutig seien. Auf diese Weise sollten Institutionen auf Dauer auch nahtloser zusammenarbeiten.

1. Beigeordneter Eichner freute sich, dass es gelungen sei, Frau El Khabbachi für diese Tätigkeit zu gewinnen, und die Fördergelder des Kreises einer Stelle vor Ort in Hilden zugutekämen.

Die Präsentation des Vortrags von Frau El Khabbachi ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zum Kommunalen Integrationsmanagement / Case Management zur Kenntnis.

---

10 Sachstand Integration

WP 20-25 SV 51/204

Es gab hierzu keine Beiträge.

Der Sozialausschuss nahm den Bericht der Verwaltung zur Integrationsarbeit in der Stadt Hilden zur Kenntnis.

---

11 Sachstandsbericht Asyl

WP 20-25 SV 51/202

Herr Zimmerer ergänzte, dass in der folgenden 12. Kalenderwoche 15 Personen angekündigt seien, die alle besonderen körperlichen Einschränkungen unterliegen würden, wie z.B. ein Dialyse-Patient.

Frau Münnich/Bündnis90 Die Grünen erkundigte sich, ob es bei der Verwaltung Überlegungen zur Entzerrung der untergebrachten Personen durch neue Unterkünfte gäbe, da man offenbar annähernd die Belegungsgrenze erreicht habe.

Sie bat um Auskunft darüber, wie viele Personen derzeit in städtischen Unterkünften leben, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus aber eine Wohnung beziehen könnten.

Außerdem erbat sie eine Information darüber, wie lange Personen durchschnittlich in städtischen Unterkünften leben würden.

Frau Voß entgegnete, dass man die Fragen mit der Niederschrift beantworten werde.

Man sei derzeit auf der Suche nach geeigneten Bestandsimmobilien, da Bauvorhaben zu langwierig seien. Auch eine Anmietung sei nicht leicht, da entsprechende Immobilien vielen Anforderungen gerecht werden müssten. Zwischenzeitlich würde der „Würfel“ in der Herderstraße auch zur Unterbringung von Personen genutzt.

Die Verwaltung gibt wie folgt Auskunft zu den Anfragen von Frau Münnich/Bündnis90 Die Grünen:

251 Personen sind im Besitz eines Aufenthaltstitels aufgrund dessen sie eine Wohnung beziehen könnten.

Eine durchschnittliche Aufenthaltsdauer in städtischen Unterkünften in Bezug auf Personen, die mittlerweile ausgezogen sind, kann nicht ermittelt werden.

Über Personen, die derzeit in Unterkünften der Stadt Hilden leben und deren Zuweisungsdatum im elektronischen System erfasst wurde (was nicht bei allen der Fall ist), kann aber ausgesagt werden, wie lange sie bis dato schon dort wohnen:

- unter 1 Jahr: 296 Personen
- 1-2 Jahre: 201 Personen
- 3-5 Jahre: 135 Personen
- über 5 Jahre: 89 Personen

Der Sozialausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zum Sachstandsbericht Asyl zur Kenntnis.

12 Fallzahlenentwicklung Asyl

WP 20-25 SV 51/203

Herr Zimmerer wies darauf hin, dass der Fehler in einer Tabelle auf ein technisches Problem zurückzuführen sein. Eine fehlerfreie Version werde mit der Niederschrift nachgereicht.

Dies erfolgt an dieser Stelle:

Asylanträge:

Zeitraum	Asylanträge gesamt			davon Erstanträge			davon Folgeanträge		
	2022	2021	Anstieg in %	2022	2021	Anstieg in %	2022	2021	Anstieg in %
Jan	16.029	14.448	10,9	13.726	8.524	61,0	2.303	5.924	-61,1
Feb	15.869	13.533	17,3	13.915	7.577	83,6	1.954	5.956	-67,2
Mrz	16.276	11.756	38,4	14.135	9.503	48,7	2.141	2.253	-5,0
April	13.056	9.315	40,2	11.359	8.069	40,8	1.697	1.246	36,2
Mai	14.881	9.228	61,3	12.877	8.278	55,6	2.004	950	110,9
Juni	14.214	11.699	21,5	12.317	10.282	19,8	1.897	1.417	33,9
Juli	15.165	13.843	9,5	13.204	12.193	8,3	1.961	1.650	18,8
August	18.355	13.961	31,5	16.111	11.847	36,0	2.244	2.114	6,1
September	20.971	18.206	15,2	18.720	13.849	35,2	2.251	4.357	-48,3
Oktober	26.030	15.984	62,9	23.918	13.293	79,9	2.112	2.691	-21,5
November	31.505	20.450	54,1	29.383	16.520	77,9	2.122	3.930	-46,0
Dezember	28.567	16.011	78,4	26.672	13.713	94,5	1.895	2.298	-17,5

Die Monatswerte können wegen evtl. nachträglichen Änderungen nicht zu einem Jahreswert addiert werden.

Der Sozialausschuss nahm die Ausführungen der Verwaltung zur Fallzahlenentwicklung im Bereich Asyl zur Kenntnis.

13 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

1. Beigeordneter Eichner verweist auf das Landesförderprogramm „Stärkungspakt NRW“ aus dem Hilden € 267.000,-- erhalten habe.

Herr Schatte führte hierzu aus. Seine Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage** beigefügt.

14 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Frau Münnich/Bündnis90 Die Grünen verlas folgende Anfrage:

*„Die Antragstellung für Einbürgerungsverfahren erfolgt bei der zuständigen Behörde des Kreises Mettmann.*

*Bisher haben die Städte des Kreises Mettmann die Einbürgerungsverfahren in Zusammenarbeit mit der Kreisbehörde bearbeitet. Lediglich die Städte Ratingen, Erkrath und Velbert lassen das gesamte Antragstellungsverfahren vom Kreis direkt durchführen. Vor dem Hintergrund dieser Situation bitten wir um Beantwortung folgender Fragestellungen:*

- 1. Wie und in welcher Form arbeitet die Stadt Hilden mit der Einbürgerungsbehörde des Kreises Mettmann zusammen – welche Aufgaben werden für den Kreis übernommen?*
- 2. Welche Fallzahlen wurden in den Jahren 2020-2022 auf diese Weise bearbeitet und wieviele Vollzeitstellen standen dafür zur Verfügung?*
- 3. Wieviel Einbürgerungen hat es in Hilden im gleichen Zeitraum tatsächlich gegeben?*
- 4. Wie lange dauert es in der Regel von der ersten Kontaktaufnahme mit der Stadt Hilden bis zur Weiterleitung der Einbürgerungsunterlagen an den Kreis?*
- 5. Wie soll den anstehenden Gesetzesänderungen im Ausländerrecht, die eine steigende Anzahl von Einbürgerungsanträgen erwarten lassen, in Hilden entsprochen werden?*
- 6. Werden entsprechende Aufgabenübertragungen an Hilden durch den Kreis Mettmann finanziell abgegolten und wenn ja, in welcher Höhe?“*

Frau Münnich/Bündnis90 Die Grünen verlas folgende weitere Anfrage:

*„Am 01.01.2010 traten die derzeit gültigen Wohnbaurichtlinien der Stadt Hilden in Kraft. Darin werden unter C die Zuschussbedingungen zur Verbilligung freifinanzieren Wohnraums und unter H die Modalitäten für die Umzugskostenhilfe festgelegt.*

*Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellt folgende Fragen zu C:*

*Zuschuss zur Verbilligung freifinanzieren Wohnraums*

- 1. Wie werden die Zuschussbedingungen den Vermieterinnen und Vermietern aktuell bekannt gemacht?*
- 2. Wieviel Vermieterinnen und Vermieter haben seit 2010 von der Möglichkeit eines Zinszuschusses – verbunden mit der Vermietung an durch die Stadt Hilden benannten Mietenden – Gebrauch gemacht?*
- 3. Wieviel waren es in den letzten drei Jahren?*

*Zu H:*

*Umzugskostenbeihilfe*

- 1. Wie wird die Möglichkeit der Umzugskostenbeihilfe den Mieterinnen und Mietern aktuell bekannt gemacht?*
- 2. Wie oft wurde die Mietkostenbeihilfe seit 2010 in Anspruch genommen?*
- 3. Wie oft davon in den letzten drei Jahren?“*

Frau Münnich/Bündnis90 Die Grünen stellte folgenden Antrag:

*„Einberufung eines Runden Tisches zum Thema bezahlbarer Wohnraum / Wohnraumnotfallhilfe*

*Die Verwaltung richtet in Zusammenarbeit mit der SPE-Mühle zeitnah einen Runden Tisch zum Thema „bezahlbarer Wohnraum / Wohnraumnotfallhilfe“ ein.*

*Eingeladen werden sollen alle zu diesem Themenfeld in Hilden arbeitenden Vereine, Verbände und Organisationen, sowie alle in Hilden tätigen privatrechtlichen und gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften.*

*Begründung*

*In vielen Sitzungsvorlagen ist zu lesen, dass es in Hilden für Alleinlebende und Familien mit geringem Einkommen sowie Geflüchteten immer schwerer wird Wohnraum anzumieten. Kommen noch besonders belastende Lebenssituationen hinzu, kann trotz intensiver Unterstützung und Begleitung seitens der SPE-Mühle immer seltener Wohnraum akquiriert und erhalten werden. (Nachzulesen in den Jahresberichten der SPE-Mühle) Das sich vor einigen Jahren geänderte Mietrecht verschärft diese Problematik. Am Runden Tisch soll geklärt werden, welche Vermietungsgesellschaften günstigen Wohnraum anbieten könnten und welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, damit diese jenen dem oben genannten Personenkreis zur Verfügung stellen würden.“*

Ende der Sitzung: 18:02 Uhr

Anne Kathrin Stroth / Datum  
Vorsitzende

Tobias Wobisch / Datum  
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / Datum  
Bürgermeister

Sönke Eichner / Datum  
Beigeordneter